Name	
Anschrift	
Ansprechpartner/in	
Tel.Nr.	E-Mail-Adresse
Bankverbindung:	
Konto/IBAN:	
BLZ/BIC:	
An:	
Ortsamt Mitte / Östliche Vorstadt Am Dobben 91 28203 Bremen	
Antrag auf Gewährung einer Zuwend	ung
<ul><li>□ Antrag an den Beirat Mitte</li><li>□ Antrag an den Beirat Östliche Vorstadt</li><li>□ Gemeinsamer Antrag an die Beiräte Mitte u</li></ul>	nd Östliche Vorstadt
Kurzbezeichnung / Art der Maßnahme	
Inhaltliche Beschreibung der Maßnahme (ggf. gesonde	ertes Blatt verwenden)
Ort der Maßnahme (genaue Anschrift)	

esondertes Blatt verwenden)	
1aßnahmenbeginn:	Maßnahmenende:
usgaben und Finanzierung	
Ausgaben (Positionen einzeln aufführen)	Betrag €
	Gesamtausgaben €
Einnahmen	Betrag €
Eigenmittel	
Spenden	
Kostenübernahme Dritter	
Sonstiges	
	Gesamteinnahmen €
	Antragssumme €

Wurden für o.a. Maßnahme bei anderen Stellen weitere Mittel beantragt?
□ Nein
□ Ja
Wenn ja, bei welchen Trägern, Behörden etc. und in welcher Höhe? (ggf. Bereits zugesagte Mittel und deren Höhe kennzeichnen)
Wurde mit der Maßnahme bereits begonnen
□ Nein
□ Ja
Wenn ja, Begründung und sofortige Kontaktaufnahme mit dem Ortsamt
Welche Folgeausgaben sind zu erwarten?
Ist der Maßnahmeträger zum Vorsteuerabzug berechtigt?
□ nein
□ ja
Wenn ja, Umsatzsteuer-ID:
Vereinssatzung (nur für eingetragene Vereine)
☐ liegt Ihnen bereits aufgrund einer früheren Förderung vor
☐ ist in der Anlage beigefügt.

## Ich versichere, dass:

- die ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist;
- die Finanzierung aus eigenen Mitteln nicht sichergestellt werden kann; ohne die Förderung kann das Projekt nicht durchgeführt werden;
- für dieses Projekt keine unzulässige Mehrfinanzierung vorliegt;
- das zu f\u00f6rdernde Projekt keine Aktivit\u00e4ten umfasst, die zu einem Projekt geh\u00f6ren, bei denen ein zugewiesener Zuschuss gem\u00e4\u00df dem Subventionszweck verwendet worden ist;
- mir bekannt ist, dass der Missbrauch von Subventionen strafrechtliche Folgen gemäß § 264 Strafgesetzbuch; (StGB) und ein Betrug nach § 263 StGB nach sich ziehen kann:
- ich die Anforderungen zur Einhaltung des Mindestlohns erfülle;
- der Zweck der Zuwendung nicht durch eine Bürgschaft oder ein Darlehen erreicht werden kann.

## Mit der Antragstellung wird einer öffentlichen Behandlung des Antrages zugestimmt.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten zur Ermittlung und Überprüfung der Höhe der Zuwendung und der Einhaltung des Besserstellungsverbots erforderlich ist – vgl. Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe e und Absatz 3 Satz 1 Buchstabe b Datenschutzgrundverordnung – DSGVO – in Verbindung mit § 3 Bremisches Ausführungsgesetz zur EU-Datenschutzgrundverordnung – BremDSGVOAG.

Mir/Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben Daten der Zuwendung nach § 2 Datenschutzordnung der Bremischen Bürgerschaft veröffentlicht werden können und das Zuwendungsdaten aufgrund § 11 Absatz 4 Ziffer 5 des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes – BremIFG – im Transparenzprotal veröffentlicht werden.

Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zuwendungszwecks nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Vorlagen des Haushalts- und Finanzausschusses sowie Bürgerschaftsdrucksachen werden auch im Internet veröffentlich.

Ort, Datum
Unterschrift des/der Antragstellers/in
_
Unterschrift des/der Antragstellers/in